

Gewerkschaften in Frankreich

Die französische Gewerkschaftsbewegung steht an einem Wendepunkt. Zum erstenmal seit 12 Jahren finden sich die verschiedenen Gewerkschaften — die kommunistische CGT, die sozialistische CGT-FO, die christliche CFTC und die autonomen Gewerkschaften — wieder in gemeinsamen Aktionsausschüssen und Lohnbewegungen. Die Austeritätspolitik der 5. Republik hat dieses Wunder vollbracht. Zum erstenmal scheint auch die im Juni 1957 entstandene „Demokratische Bewegung für die gewerkschaftliche Wiedervereinigung“ (MSUD) Wiederhall zu finden. Die nichtgespaltene Lehrgewerkschaft, die einzige, die im Juni 1958 eine einheitliche und lückenlose Streikaktion gegen die Putschisten auslöste, steht an der Spitze dieser Wiedervereinigungsbestrebungen.

Die Aufsplitterung der französischen Gewerkschaften seit 1947 ist im wesentlichen eine Begleiterscheinung des kalten Krieges, der sich in einem Lande mit starkem kommunistischem Einfluß besonders tragisch auswirken mußte. Die Ohnmacht der Gewerkschaften hat die Zersetzung und den Untergang der 4. Republik erleichtert. Heute stehen neue Probleme und neue Perspektiven. Die Wiedervereinigungsbestrebungen haben nicht nur wirtschaftliche, sondern tiefere politische Gründe. Die Motive der Spaltung des Jahres 1947 verblassen vor den neuen Gegebenheiten. In Frankreich wird die faschistische Gefahr auch von Freien Gewerkschaftern jetzt als größer empfunden als die kommunistische. Die Idee einer neuen Volksfront breitet sich aus. Daß Frankreich auf internationaler Arena eine vermittelnde Rolle zur Beilegung des kalten Krieges spielen will, wirkt hier mit.

Mit den gewerkschaftlichen Wiedervereinigungsbestrebungen stehen aber auch wieder alle besonderen Probleme und Traditionen der französischen Gewerkschaftsbewegung zur Debatte: der typische französische Syndikalismus, die noch immer gültige „Charta von Amiens“, die erste Gewerkschaftsspaltung zwischen „Reformisten“ und „Revolutionären“ (1921—1936), die Volksfronterfahrung und die Nachkriegsspaltung bis zum Untergang der 4. Republik. Um diese ganze Problematik zu erfassen und die weiteren Perspektiven einschätzen zu können, ist ein Abriß der Gesamtbewegung von Nutzen.

Der Syndikalismus

Marxisten und Anarcho-Syndikalisten rivalisierten von Anfang an in der Beeinflussung der jungen französischen Gewerkschaftsbewegung; man kann sagen, daß diese Einflüsse sich bis zum heutigen Tag auswirken. Der marxistische Einfluß war anfangs schwach, die französischen Gewerkschafter erwarteten damals von London keine Ratschläge des berühmten Gründers des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern blickten nach dem Beispiel der Trade Unions. Die Persönlichkeit des französischen Anarchisten *Proudhon* wirkte damals in Paris anziehender als die des deutschen Professors. Die anarchosyndikalistische Strömung war in Frankreich niemals so stark wie in den lateinischen Nachbarländern Spanien und Italien, aber immerhin stark genug. Erst 1880 gelang es den französischen Marxisten unter der Führung von *Jules Guesde*, größeren Einfluß unter den Gewerkschaftern zu erlangen.

Diese verschiedenen Einflüsse führten zur Entstehung des „*revolutionären Syndikalismus*“, der sich bis heute sowohl vom Marxismus als auch vom Anarchismus nährt; die französischen Syndikalisten akzeptieren die marxistische Kritik des Kapitalismus und ergänzen sie durch die anarchistische Kritik des Staates (*Fourier, Proudhon, Bakunin, Jean Grave*). Sie propagieren die *action directe*, die sogenannte direkte Aktion, zu welcher die romanische Arbeiterbewegung immer wieder neigte: Boykott (z. B. Kaufstreik gegen einen arbeiterfeindlichen Unternehmer), Sabotage und passiver Widerstand im Arbeitsprozeß, Streik. Der Generalstreik wird nicht nur als Waffe im Kampf um die

Tagesforderungen betrachtet, sondern als die entscheidende Form der sozialen Revolution zur Abschaffung des Kapitalismus und zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Der 1895 in Limoges gegründete französische Gewerkschaftsbund (*Confédération Generale du Travail, CGT*) machte sich diesen Gedanken zu eigen und erklärte ausdrücklich in seinen Statuten, daß er „alle bewußten Arbeiter“ im Kampf für die Beseitigung des Klassegensatzes zwischen Unternehmern und Lohnempfängern zusammenfasse.

Die Charta von Amiens

Die Gewerkschaft ist heute eine Organisation des Widerstandes und wird in der Zukunft die Organisation für Produktion und Verteilung, die Grundlage der gesellschaftlichen Neuordnung, heißt es in der 1906 beschlossenen *Charte d'Amiens*, die heute noch für zahlreiche französische Gewerkschafter der Leitfaden ihres Denkens ist, wenn auch nicht ihres Handelns. Der Widerspruch zwischen revolutionärer Phrase und opportunistischer Praxis ist eine der eigenartigen Erscheinungen der französischen Arbeiterbewegung. In der nordfranzösischen Industriestadt Amiens beschlossen also die revolutionären und reformistischen Gewerkschaftsdelegierten, daß der Kampf um die Besserstellung der Arbeitnehmer „nur ein Teil der gewerkschaftlichen Aufgabe“ sei; die Gewerkschaftsbewegung wird darüber hinaus als das eigentliche Instrument zur Befreiung der Arbeiter und zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung betrachtet.

Die Charta von Amiens lehnt daher die „Einmischung“ und die „Vormundschaft“ aller politischen Parteien ab. Noch schärfer war die Absage an den Militarismus und überhaupt an die Armee. Auf den bekannten Satz „der Arbeiter hat kein Vaterland“ wurde besonderer Wert gelegt. Der drohende erste Weltkrieg wurde als „Versuch der Bourgeoisie, von den Arbeiterforderungen abzulenken“, betrachtet. Ein Kriegsausbruch sollte selbstverständlich mit einem Generalstreik beantwortet werden.

Auf diese Weise gab es vor dem ersten Weltkrieg eine Art politischer Konkurrenz zwischen der Sozialistischen Partei Frankreichs und dem Gewerkschaftsbund. Neben den eigentlichen Berufsorganisationen spielten in Frankreich seit der Jahrhundertwende auch die sogenannten *Bourses du Travail* eine hervorragende Rolle, Arbeiterheime, in welchen sämtliche Gewerkschaftsorganisationen ihren Sitz haben und ihre Konferenzen und Versammlungen abhalten. Hier wuchsen die Gewerkschaftsbünde, die auf lokaler Ebene alle Berufsorganisationen zusammenfassen (*Unions Departementales*).

Im Comité Confédéral National (CCN), dem Bundesvorstand der CGT, waren schon vor dem ersten Weltkrieg 40 Berufsverbände und etwa 100 departementale Gewerkschaftsbünde vertreten, die sämtliche Berufe umfaßten. Generalsekretär war seit 1909 *Léon Jouhaux*, damals noch revolutionärer Syndikalist. In diese idyllische und „heroische“ Zeit der jungen Gewerkschaftsbewegung platzte im August 1914 die Katastrophe, in der das alte Europa und mit ihm die Hoffnungen der internationalen Arbeiterbewegung begraben wurden.

Die 1. Spaltung der CGT (1921—1936)

Die CGT lehnte den Krieg ab, beantwortete ihn aber nicht mit dem Generalstreik, was selbstverständlich nicht möglich gewesen wäre, denn die Woge des Nationalismus hatte die Arbeitermassen aller Länder Europas erfaßt. Die Führer der CGT stellten sich „auf den Boden der Tatsachen“, ebenso wie auch in den anderen kriegführenden Ländern. Es kam zur erstmaligen direkten *Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Staat*. Die Gewerkschaftsführer hofften, die Staatsführung beeinflussen zu können und wurden zu Mitgliedern von „Ausschüssen“, die gegen das vom Krieg verursachte Elend, aber auch für die Produktionssteigerung kämpfen sollten. Die Gewerkschaften erhielten neue

Funktionen, im Dienste des Staates, im Dienste des Krieges. Jouhaux wurde in einem solchen Ausschuß „Commissaire de la Nation“.

Als sich das Kriegsgewitter verzogen hatte, blieb den Gewerkschaftern der Gedanke der Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen. Die CGT wurde zur Massenorganisation, von 600 000 Mitgliedern 1914 (es gab 15 Millionen Lohnempfänger) stieg sie auf zwei Millionen 1920. Die Bewegung war aber innerlich uneinig: Zu dem Zwist zwischen den Befürwortern der „Union Sacree“ (des „Burgfriedens“) von 1914 und den Pazifisten kam jetzt der Streit um die Haltung zur Russischen Revolution. Jouhaux riet zur Mäßigung, während eine Opposition mit *Monatte* und *Monmousseau* zur revolutionären Aktion drängte. Der „unbegrenzte“ Eisenbahnerstreik des Jahres 1920 scheiterte, aber die Opposition ging zur soeben gegründeten KP. Die in *Tours* vollzogene Spaltung der Sozialistischen Partei begann auch auf der Gewerkschaftsbewegung schwer zu lasten.

Die Gewerkschaften der Eisenbahner, der Metall- und Bauarbeiter waren bereits unter kommunistischer Führung; nach Ausschluß der „Comites Syndicaux Revolutionnaires“ gründeten sie im Dezember 1921 die kommunistisch geführte CGTU (*Confederation Generale du Travail Unitaire*), die sich der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ anschloß und (außerhalb der Sowjetunion) zu deren stärkstem Verband wurde.

Diese französische Gewerkschaftsspaltung dauerte von 1921 — 1936. Innerhalb der CGTU gab es zu Beginn drei Tendenzen: die ausgesprochenen *Kommunisten* unter der Führung von *Frossard* und *Rosmer* (die sich später von der KP lossagen), die revolutionären *Syndikalisten* mit *Monatte* (der sich später gleichfalls von der KP trennt und als Syndikalist heute noch die Zeitschrift *Revolution Proletarienne* herausgibt) und *Monmousseau* (der den entgegengesetzten Weg einschlug und linientreuer kommunistischer Gewerkschaftsfachmann wurde und blieb), schließlich die *Anarcho-Syndikalisten*, die schon sehr bald aus der CGTU austraten. Die kommunistischen Gewerkschafter dieser Zwischenkriegszeit waren bis 1935/36 schärfstens gegen jede „Klassenzusammenarbeit“, gegen den Völkerbund und auch gegen das Internationale Arbeitsamt.

Die erste *christliche* Gewerkschaft entstand in Frankreich schon 1887: der „Handelsangestelltenbund“. 1912 wurde der „Verband der katholischen Angestelltengewerkschaft“ gegründet, aber erst 1919 konstituierte sich die *Confédération Française des Travailleurs Chrétiens* (CFTC), die heute noch unter diesem Namen eine wichtige Rolle spielt. Sie ist Mitglied der 1920 im Haag gegründeten christlichen Gewerkschaftsinternationale. In den Statuten der französischen christlichen Gewerkschaften wird der Klassenkampf abgelehnt und auf „christliche Gerechtigkeit und Barmherzigkeit“ das Schwergewicht gelegt. Die CFTC hatte in den 20er Jahren ungefähr 150 000 Mitglieder, vor allem in Elsaß-Lothringen (in Deutschland gab es zur gleichen Zeit 600 000 christliche Gewerkschafter), erhielt aber, wie die anderen Gewerkschaften, starken Zustrom 1936, im Zeichen des sozialen Aufschwungs der Volksfront. Es muß hier unterstrichen werden, daß die christlichen Gewerkschafter Frankreichs den „Christlichen Ständestaat“ des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß (1934) ebenso ablehnten wie das portugiesische Salazar-Regime und offen für den Kampf (der spanischen Republik gegen General Franco eintraten (1936 — 1939).

Wiedervereinigung, Aufschwung und Niedergang (1936—1939)

Zur gleichen Zeit nahm der größte Gewerkschaftsbund Frankreichs, die „reformistische“ CGT, einen großen Aufschwung durch die Forderung nach Nationalisierung der Schlüsselindustrien mit dreigliedriger Verwaltung: Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Techniker), Verbraucher, Staat. Diese Idee, die damals in verschiedenen europäischen Ländern zugleich auftauchte, fand in Frankreich konkreten Niederschlag in der Gründung eines *Conseil Economique du Travail* (Arbeits- und Wirtschaftsrat) durch die CGT, in welchem Delegierte der Arbeitergewerkschaften, der Staatsbeamten, der Techniker und der Kon-

sumgenossenschaften saßen. *Charles Gide*, ein Vertreter der Konsumgenossenschaften, fand damals eine bemerkenswerte Definition der angestrebten Nationalisierungen: „Befriedigung der Bedürfnisse statt Aneignung von Profiten“.

Neben dieser Idee der *Nationalisierung* oder *Sozialisierung* drangen nach Frankreich — von Deutschland her — die Theorien der „Planwirtschaft“ und der „Wirtschaftsdemokratie“. Der Wirtschaftsrat der Weimarer Republik diente 1925 als Beispiel einer ähnlichen Einrichtung in der 3. Französischen Republik. Von unten her kam die Forderung der „Arbeiterkontrolle“, die, den syndikalistischen Theorien zufolge, schrittweise bis zur völligen Ausschaltung des Unternehmers ausgedehnt werden sollte. Die SyndikalistInnen hatten in der Zwischenkriegszeit ihr Ziel nicht aufgegeben, wollten es aber auf dem Wege der Reform erreichen.

Die CGT war selbstverständlich Mitglied des neugegründeten Internationalen Gewerkschaftsbundes geworden, der 1923 eine entscheidende Rolle bei der Wiedervereinigung und Neugründung der Sozialistischen Internationale spielte. Die französische CGT protestierte nicht gegen diese „Vermischung“ von politischen und gewerkschaftlichen Aufgaben, lehnte aber für sich jede organisatorische Bindung mit der SFIO ab und betrachtete weiterhin die *Charte d'Amiens* als ihr Programm. Zugleich unterstützte sie aktiv die Internationale Arbeitsorganisation, deren erster Direktor der französische Gewerkschafter *Albert Thomas* war. Es war dies eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und staatlichen Stellen, trotz theoretischem Bekenntnis zur *Charte d'Amiens*.

Die CGT errang in der Zwischenkriegszeit eine Reihe von sozialen Rechten, ein Sozialversicherungsgesetz und die gesetzliche Anerkennung der Kollektivverträge.

Während in Deutschland nach Hitlers Machtergreifung die Gewerkschaftsbewegung liquidiert wurde und sich damit in ganz Mitteleuropa eine Atmosphäre sozialer Reaktion ausbreitete, stieg in Frankreich der gewerkschaftliche Widerstandswille und führte zu einem der größten Arbeitskämpfe der Zwischenkriegszeit, zu den *Junistreichs 1936*. Es begann mit dem mißglückten faschistischen Putschversuch der „Feuerkreuzler“ und „Königsknappen“ am 6. Februar 1934. Dieses Komplott wurde durch den Generalstreik der Gewerkschaften am 12. Februar 1934 niedergeschlagen. Die Streiklösung kam von der „reformistischen“ CGT, die CGTU schloß sich der Bewegung an, obwohl sie einige Tage vorher unter Führung der KPF am 6. Februar gemeinsam mit den Faschisten am Place de la Concorde gegen die Republik demonstriert hatte, getreu ihrer damaligen „ultralinken“ Linie, die auch in Deutschland die KPD zu gemeinsamen Aktionen mit den Nazis veranlaßt hatte. Der Umschwung zur antifaschistischen Einheitsfront im Februar 1934 orientierte die französische Gewerkschaftsbewegung nun deutlich auf politischer Ebene, sie verachtete nicht mehr „alle“ politischen Parteien, sondern nahm am 14. Juli 1935 an der Gründung der *Volksfront* teil, die außer den beiden Gewerkschaftsbünden die drei Linksparteien umfaßte: Sozialisten (*Leon Blum*), Kommunisten (*Thorez*) und Radikale (*Daladier*). Im März 1936 kam es schließlich zur organisatorischen Wiedervereinigung der Gewerkschaften auf dem *Kongreß von Toulouse*. Die Kommunisten hatten einige Monate vorher auf ihrem Weltkongreß in Moskau im Herbst 1935 für alle Länder die Parole der gewerkschaftlichen Einheit und der politischen „Volksfront“ mit den sozialistischen und bürgerlich-demokratischen Parteien ausgegeben. Die Rote Gewerkschaftsinternationale wurde liquidiert. Die Ex-CGTU besetzte nun mit *Frachon* und *Racamond* ein Drittel im Büro der neuen CGT, *Jouhaux* wurde Generalsekretär. Die Kommunisten behielten aber ihr eigenes Gewerkschaftsblatt *Vie Ouvriere* und die Sozialisten ihre Wochenzeitung *Syndicats*.

Die Massenstreikbewegung des Juni 1936 gegen die Deflationspolitik und die Senkung des Lebensniveaus führte zu einem gewaltigen Aufschwung der Gewerkschaften, die jedoch eine vom Ministerpräsidenten Leon Blum vorgeschlagene Regierungsbeteiligung

ablehnten. Die Streikbewegung war spontan und führte in Frankreich erstmalig zur Besetzung der Großbetriebe durch die streikenden Arbeiter. Die Gewerkschaftsführung war von der Wucht der Bewegung überrascht und versuchte sie einzudämmen und eine Ausdehnung auf die öffentlichen Dienste zu verhindern. Man fürchtete die öffentliche Meinung. Diesen Überlegungen folgend kam es bald zu Verhandlungen mit dem Unternehmerverband und zu dem von Leon Blum im Schlichtverfahren vermittelten *Abkommen von Matignon*: Lohnerhöhungen, Ausdehnung der Kollektivverträge, Einführung des bezahlten Urlaubs, Betriebsräte, 40-Stunden-Woche, ergänzt durch das obligatorische Schiedsgerichtverfahren in Arbeitskämpfen. Unter diesen Umständen forderten die Führungen der Linksparteien und der Gewerkschaften die Arbeiter auf, den Massestreik abzubrechen, was nicht immer reibungslos vor sich ging, denn gewerkschaftlich unorganisierte, radikalisierte Arbeiter hatten in den Streikausschüssen eine hervorragende Rolle gespielt.

Von einer Million Mitglieder stieg der Vereinigte Gewerkschaftsbund nach den Streiks auf 5 Millionen. Zugleich wuchs aber auch der kommunistische Einfluß vor allem in den Gewerkschaften der Metallarbeiter, der Bauarbeiter, der Textilarbeiter und der Eisenbahner, während Bergarbeiter, Postangestellte und Volksschullehrer den kommunistischen Werbungen widerstanden. Die Kommunisten übernahmen auch die Führung der großen *Unions Départementales* in Paris und Marseille, doch blieben die Departementalverbände in Nordfrankreich, Lyon und Bordeaux unter sozialistischem Einfluß. Dieser Wandel erklärt die neue politische Rolle der CGT in den letzten Vorkriegsjahren, ihre Opposition gegen Leon Blums „Nichteinmischung“ im Spanischen Bürgerkrieg und gegen das Abkommen von München im September 1938 zwischen den Westmächten und den Achsenmächten. Mit dem gescheiterten Generalstreik im November 1938, der auf Drängen der Kommunisten gegen die Notverordnungen der Regierung *Daladier-Reynaud* ausgelöst wurde, begann der Niedergang der CGT, die bei Kriegsbeginn 1939 wieder auf eine Million Mitglieder zurückgefallen war.

Die Gewerkschaften im 2. Weltkrieg (1939—1945)

Zum Unterschied von 1914 war die französische Gewerkschaftsbewegung 1939 nicht kriegsablehnend. Die Zerstörung der gewerkschaftlichen Freiheiten im Hitlerdeutschland, in Italien und in Spanien veranlaßte die französischen Gewerkschaften in ihrer Mehrheit zur Ablehnung des früheren Pazifismus; sozialistische, kommunistische und christliche Gewerkschafter waren sich in dieser „antifaschistischen“ Haltung einig. Der überraschende deutsch-russische Paktabschluß führte aber im September 1939 zu einem Umsturz in der französischen Gewerkschaftsbewegung: die kommunistischen Gewerkschafter rechtfertigten den Pakt zwischen Hitler und Stalin und kehrten zu antimilitaristischen und pazifistischen Schlagworten zurück; sie wurden von Jouhaux ausgeschlossen und gingen zu illegaler Tätigkeit über. Die legal gebliebene und von den Defaitisten „gesäuberte“ CGT aber widmete sich nun bis zu dem Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940, ebenso wie 1914—1918, der Zusammenarbeit mit dem Staat, für Produktionssteigerung und Bekämpfung des Defaitismus.

Nach dem französischen Zusammenbruch im Juni 1940 neuer Umsturz: Der Gewerkschaftsführer *Belin* wurde Arbeitsminister der Regierung des Marschall *Pétain* und die CGT-Führung schien die Mitarbeit auch mit diesem neuen Staat gutzuheißen. Das Vichy-Regime verbot aber schon im November 1940 alle Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände und zwang alle aktiven Gewerkschafter zur Untergrundtätigkeit. *Belin* blieb auf sigene Faust Arbeitsminister und veröffentlichte 1941 im Auftrag *Pétains* die *Charte du Travail*, die ein Gemisch von Ständestaat und Zwangsgewerkschaften darstellte. *Belin* wurde 1942 durch *Lagarde* und schließlich durch den „Neosozialisten“ *Deat* ersetzt, der bis zum Zusammenbruch des Vichy-Regimes (1944) dessen Arbeitsminister blieb.

Die Methoden und Auswirkungen des Besatzungsregimes trieben immer breitere Arbeitermassen in die Opposition. Nach dem Kriegsausbruch zwischen Deutschland und Rußland wurden auch die Kommunisten wieder entschiedene Gegner des deutschen Besatzungsregimes. Im Juni 1943 kam es in der Untergrundbewegung zur gewerkschaftlichen Wiedervereinigung, unter dem Einfluß der nach England und Nordafrika emigrierten Gewerkschaftsführer. Jouhaux wurde von der Gestapo deportiert. Die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen, auch der christlichen Gewerkschaften, nahmen am Nationalrat der französischen Widerstandsbewegung teil. Gewerkschafter praktizierten also faktisch politische Mitarbeit auf beiden Seiten, einerseits Kollaboration mit dem Vichy-Regime und andererseits Zusammenarbeit mit der Provisorischen Regierung *de Gaulle* in Algier.

Nach dem Zusammenbruch der Besatzungsmacht in Frankreich wurde die Gewerkschaftsfreiheit wiederhergestellt, CGT und CFTC wurden wieder legal. Die CGT wurde Mitglied des 1945 in Paris gegründeten WGB, in welchem *Jouhaux* einer der sechs Vizepräsidenten wurde. Noch vor seiner Rückkehr hatten drei Männer entscheidenden Einfluß in der neuen CGT gewonnen: die Kommunisten *Frachon* und *Saillant* (der letztgenannte stand der KP sehr nahe) und der freie Gewerkschaftsführer *Botherau*. Die organisatorische Einigung mit den christlichen Gewerkschaften wurde von diesen abgelehnt.

Die 2. Spaltung der CGT (1947—1959)

Die Führer aller französischen Gewerkschaften lehnten 1944/45 jede Lohnbewegung ab. Sie förderten dagegen verstärkte Anstrengungen zuerst für den noch nicht beendeten Krieg und dann für den Wiederaufbau. Kommunisten, Sozialisten und die christlich-sozialen Volksrepublikaner waren an der provisorischen Regierung *de Gaulle* führend beteiligt und betrachteten die wiedererstandenen Betriebsräte als Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Staat auch nach Kriegsende. Besonders weit gingen die kommunistischen Minister in dieser Richtung: Sie verwiesen auf die sowjetischen Gewerkschaften als Beispiel und verurteilten den Streik als „Waffe der Trusts“. Die französischen Gewerkschaftsführer waren nun in allen staatlichen und offiziell-politischen Einrichtungen vertreten, sie bildeten die Mehrheit in den sogenannten „Reinigungskommissionen“ und saßen im Vorparlament der 4. Republik, in der Provisorischen Konsultativversammlung. Der spätere Algerienminister *Robert Lacoste* (SFIO), Sekretär der Beamten-gewerkschaft, wurde Produktionsminister, sein unmittelbarer Nachfolger war der Kommunist *Marcel Paul* (Elektrizitätsarbeitergewerkschaft), der spätere Arbeitsminister *Christian Pineau* (SFIO) wurde Versorgungsminister und der Kommunist *Croizat* (Metallarbeitergewerkschaft) Arbeitsminister.

In der ersten Nationalversammlung der 4. Republik setzten die Gewerkschaftsvertreter eine Reihe von *Nationalisierungen* durch, die schon von der Vorkriegs-CGT gefordert waren. Die dreigliedrige Betriebsführung der nationalisierten Betriebe, die 1920 verlangt worden war, wurde jetzt verwirklicht. Die Gewerkschaften machten in diesen Leitungen gelegentlich mehr als ein Drittel aus, weil sich unter den Vertretern des Staates und unter den Verbrauchern gleichfalls organisierte Gewerkschafter befanden.

Der kommunistische Einfluß war größer denn je: vier Fünftel im April 1946 auf dem Pariser Kongreß. Sie begnügten sich aber mit einer paritätischen Vertretung: Jouhaux blieb mit Frachon Generalsekretär. Einstweilen drängten die Arbeitermassen immer stärker auf Erfüllung ihrer sozialen Forderungen. Nur eine Minderheit, revolutionäre Syndikalisten, die der alten Charta von Amiens treugeblieben waren, stellten soziale Forderungen. Der Einfluß dieser Minderheiten begann zu wachsen. Es kam zu größeren Streiks gegen den Willen der kommunistischen Gewerkschaftsführer, insbesondere in den Renault-Werken. Mit dem Bruch der amerikanisch-russischen Allianz und dem Beginn des kalten Krieges schwenkten nun auch die Kommunisten wieder um: Sie schieden im Mai 1947 aus der Regierungskoalition aus. Im Sommer und im November 1947 unter-

stützten sie bereits die beiden großen Bergarbeiterstreiks, während im Westen der Marshall-Plan verkündet und im Osten die Kominform gegründet wurde. Die Streiks breiteten sich jetzt vor allem in den staatlichen Betrieben aus.

1947 kam es aus den eben angedeuteten politischen Gründen zur neuen Gewerkschaftspaltung: Unter sozialistischem Einfluß wurde die *CGI-Force Ouvrière* (FO) gegründet, deren Vorsitzender Jouhaux blieb. Schon vorher hatte sich im April 1946 eine anarcho-syndikalistische Splittergewerkschaft (CNT) gebildet. Die CGT wurde nun eine wesentlich kommunistisch orientierte Gewerkschaft und ist es bis zum heutigen Tag geblieben. Eine Reihe von Berufsgewerkschaften schloß sich keiner dieser Gewerkschaftsbünde an und blieb bis zum heutigen Tage „autonom“, so vor allem die Wagenführer der Pariser Untergrundbahn, die Volksschullehrer und Professoren und die Druckereiarbeiter. Diese „Autonomen“ spielten in Arbeitskämpfen oft eine initiativ Rolle. Die CGT blieb im WGB, die CGT-FO trat dem IBFG bei.

Die Mitgliederzahl der CGT entwickelte sich folgendermaßen:

1946	6 370 000
1948	4 071 000
1951	3 615 000.

FO nannte für 1948 eine Mitgliederzahl von 1 500 000, für 1951 eine Million. Die autonomen Gewerkschaften haben schätzungsweise 200 000 bis 300 000 Mitglieder, die christlichen Gewerkschaften hatten 1946 800 000. Aufschlußreicher für die gewerkschaftliche Orientierung sind die Ergebnisse der Wahlen für die Sozialversicherungsausschüsse:

	<u>1947</u>	<u>1950</u>	<u>1955</u>
CGT	59,27 vH	43,5 vH	43,2 vH
CFTC	26,36 vH	21,3 vH	20,8 vH
FO	noch nicht gegründet	15,2 vH	16,1 vH

Die Aktionskraft aller Gewerkschaften sank in den letzten Jahren der 4. Republik, die kommunistisch orientierten Gewerkschaften waren durch ihre enge Bindung an die außenpolitischen Taktiken Moskaus und durch die ungarischen Ereignisse desorientiert, die anderen Gewerkschaften waren durch die Regierungspolitik der ihnen nahestehenden französischen Parteien geschwächt (SFIO und MRP übten eine lähmende Wirkung auf FO und CFTC aus).

In den entscheidenden Mai- und Junitagen des Vorjahres haben sich die Gewerkschaften kaum gerührt, sie standen abseits in dem politischen Endkampf zwischen Nationalversammlung und Putschisten. „Warum sollen wir dieses Parlament verteidigen?“ Diese Frage hörte man nicht nur in den Betrieben, sondern auch in vielen Gewerkschaftsleitungen. Am 28. Mai zogen, nach den günstigsten Schätzungen, nur 500 000 Menschen über die Pariser Boulevards, um „die Republik zu verteidigen“; sie zerstreuten sich in den Abendstunden. Im Juni 1936 waren ohne weiteres ein oder zwei Millionen Pariser Arbeiter und Angestellte auf den Beinen, um neue soziale Rechte durchzusetzen. Im Mai 1958 sahen die Arbeiter nicht die Bedrohung ihrer sozialen und politischen Freiheit.

In allen Gewerkschaften gab es sogar ausgesprochen pro-gaullistische Fraktionen, die eine eindeutige Stellungnahme verhinderten. Sofort nach seiner Machtübernahme nahm General de Gaulle Fühlung mit den Gewerkschaftsführern. Selbst in der kommunistisch orientierten CGT gab es eine Strömung, die ein Gespräch mit dem General nicht grundsätzlich ablehnte. Erst seit den Elendsdekreten im Januar dieses Jahres hat sich die Stimmung geändert, das zeigten die Gemeinderatswahlen, die in den Großstädten und in den Industriezentren zu einem Linksruck führten. Die kommunistische CGT hat ihren Einfluß wieder verstärkt und in allen Betrieben wächst die Kampfbereitschaft.

Für 1959 liegen keine Gesamtzahlen für gleichartige Wahlen vor. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß die CGT weiterhin die stärkste Gewerkschaft ist. Ihre Mitgliederverluste nach den ungarischen Ereignissen hat sie wettgemacht. Bei den Betriebsratswahlen in 48 Metallbetrieben waren anfangs 1959 folgende Prozentsätze zu verzeichnen:

CGT:	60 vH
CFTC:	16,5 vH
FO:	15 vH
CGC:	3,5 vH
Autonome Gew.	5 vH

Im Vergleich zu den vorherigen Wahlen verlor die CGT nur 3,5 vH zugunsten der anderen Gewerkschaften. In *Fives-Lille*, wo zu Jahresbeginn der erste größere Arbeitskampf unter dem neuen Regime abrollte, gewann die CGT 5 vH.

Ähnlich ist das Ergebnis der Betriebsratswahlen der 350 000 Eisenbahner, doch ist das Kräfteverhältnis anders bei den Technikern und höheren Kadern:

	Eisenbahner	Eisenbahn-Techniker	Höhere Eisenbahnbeamte
CGT	58,52 vH (+ 2,24 vH)	13,75 vH	3,12 vH
CFTC	18,91 vH (+ 1,13 vH)	23,42 vH	21,39 vH
FO	9 vH (— 1,28 vH)	6,66 vH	1,24 vH
Aut. Gew:		45,20 vH	48,21 vH
CGC (Beamten-gewerkschaft)			13,6 vH

Die eigensinnige Austeritätspolitik des neuen Regimes und die offene Weigerung, die krassen sozialen Ungerechtigkeiten abzustellen, dürften die angebahnte Entwicklung verstärken. Die ersten Streikaktionen zeigen einen deutlichen Zug zu gemeinsamer Aktion und Überwindung der zweiten Gewerkschaftsspaltung.

Quellenangaben:

Paul Louis: Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich, Stuttgart 1912
 Léon Jouhaux: Le syndicalisme français contre la guerre, Paris 1913
 G. Dumoulin: Les Syndicalistes français et la guerre, Paris 1921
 Emile Cazalis: Le Syndicalisme Ouvrier et l'Evolution Sociale, Paris 1925
 André Philip: Trade-unionisme et Syndicalisme, Paris 1936
 René Garmy: Histoire du mouvement syndical français, Paris 1937
 Edouard Dolléans: Histoire du mouvement ouvrier, Paris 1939
 Georges Lefranc: Le Syndicalisme dans le monde, Paris 1958 — La crise du Syndicalisme ouvrier en France, Paris 1953 — Les expériences syndicales en France de 1939 à 1950, Paris 1950

In den nächsten Heften lesen Sie u. a.:	<i>Heinrich Bauer</i>	Gelingt uns die Schulreform?
	<i>Lorenz Knorr</i>	Demokratie als Erziehungsaufgabe
	<i>J. Wanner</i>	Weltanschauung in den Gewerkschaften?
	<i>Richard Schmid</i>	Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit
	<i>V. Holubnychy</i>	Zum Verständnis der Vorgänge in China
	<i>Theodor Jaekel</i>	Arbeiterbewegung in Japan
	<i>Richard Schwertfeger</i>	Bulgarien — kein Märchenland
	<i>Artur Saturnus</i>	Gewerkschaften und Presse
	<i>Gerhard Höpp</i>	Thesen zur Unternehmensreform
	<i>Gunther Heyder</i>	Industriearbeiter und Mitbestimmung
	<i>Hans Bayer</i>	Vom Sozialismus zur Soziallehre
<i>Günter Friedrichs</i>	Radioaktive Isotope	
	Europäisches Gespräch 1959	
